

## Internationale Freigeistige Rundschau 3/2008

### Europa

#### *Belgien*

I (3838) **Brüssel**. Der größte französischsprachige Pfadfinderverband des Landes will sich nicht mehr "katholisch" nennen. Das Wort werde aus dem Namen gestrichen, aus "Katholische Pfadfinder-Föderation" werde "Die Pfadfinder" ("Les scouts"), berichteten belgische Medien am Mittwoch. Der Verband zählt nach eigenen Angaben rund 40.000 Mitglieder. Bereits 2006 hatte der flämische Pfadfinderverband den Wegfall des Wortes "katholisch" beschlossen um den "offenen Charakter" der Organisation zu betonen und sich von religiösem Dogmatismus zu distanzieren. (*Le Soir*, 16.9.08)

#### *Dänemark*

I (3839) **Aabenraa**. Dänemarks 31 Krematorien werden an das Fernwärmenetz angeschlossen. Den Anstoß dazu gab der Gemeinderat des 16.000 Einwohner zählenden Orts Aabenraa. Insgesamt kann damit der Wärmebedarf von etwa 600 Einfamilienhäusern gedeckt werden. Selbst das dänische Kirchenministerium und der ethische Rat der evangelischen Kirche hatten gegen die Nutzung keinerlei Einwände. (*Focus*, 1.9.08)

#### *Deutschland*

I (3840) **Allensbach**. Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte im Zeitraum vom 7. bis 17. Juli 2008 genau 1.786 Personen über 16 Jahren zu ihren Einstellungen zur aktiven und passiven Sterbehilfe. Die Frage lautete: "Zurzeit wird ja viel über aktive Sterbehilfe diskutiert. Das bedeutet, dass man das Leben schwerkranker Menschen, die keine Chance mehr zum Überleben haben und große Schmerzen erdulden müssen, auf deren eigenen Wunsch hin beendet. Sind Sie für oder gegen die aktive Sterbehilfe?"

Das Ergebnis bestätigte genau den bisher bekannten Trend: Anders als die meisten Sprecher von Ärzteverbänden und Parteien steht die Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Forderung, unheilbar schwerstkranken Menschen auf deren Wunsch hin aktiv Sterbehilfe zu gewähren, positiv gegenüber. 58 Prozent vertreten diesen Standpunkt. Nur 19 Prozent sind dagegen, 23 Prozent können sich bei dieser Frage nicht entscheiden.

Dass die Kirchen aktive Sterbehilfe übereinstimmend ablehnen, hat auf die Einstellungen unter ihren Mitgliedern nur geringen Einfluss. Für 56 Prozent der Protestanten und 50 Prozent der Katholiken steht bei der Einstellung zur aktiven Sterbehilfe mehr im Vordergrund, dass Schwerkranke nicht länger leiden sollen, als sie selbst es ertragen können und wollen. Unter den "Sonstigen" sind es sogar 65 Prozent, obwohl darunter ein Achtel den kleinen Religionsgemeinschaften angehört, die erfahrungsgemäß ähnlich wie die Katholiken stimmen. Demnach stehen unter

den Konfessionsfreien sogar 68 Prozent der aktiven Sterbehilfe positiv gegenüber. Bei den Altersgruppen hingegen waren kaum Unterschiede festzustellen. (Die Ergebnisse waren für Katholiken offenbar derart schockierend, dass katholische Nachrichtendienste übereinstimmend und verfälschend von 53 statt 58 Prozent Zustimmung zur aktiven Sterbehilfe berichteten.)

Klerikal ausgerichtete Sprecher behaupteten anschließend, das Ergebnis sei durch eine "einseitige" Fragestellung beeinflusst worden; es hätte mehr auf die Möglichkeiten der Schmerztherapie hingewiesen werden sollen. Säkulare Kommentatoren meinten hingegen, genau dieser Hinweis wäre eine Beeinflussung gewesen; außerdem könne trotz Palliativmedizin rund einem Zehntel der Patienten die Schmerzen nicht genommen werden. Berechtigt ist jedoch die Kritik der DGHS, dass in der Frage nicht zwischen straffreier Beihilfe zum Suizid und strafbarer Tötung auf Verlangen unterschieden wurde. Dies hatte aber keinen Einfluss auf das Ergebnis.

Beim Thema "passive Sterbehilfe", ist die Mehrheit noch eindeutiger. Die Frage lautete hier: "Man spricht ja manchmal von passiver Sterbehilfe. Das bedeutet, dass der Arzt lebensverlängernde Maßnahmen einstellt, wenn der Patient ausdrücklich erklärt, dass er das wünscht. Sind Sie für oder gegen eine solche passive Sterbehilfe?" 72 Prozent stimmten dem zu, nur 11 Prozent sprachen sich dagegen aus, 17 Prozent blieben unentschieden. Auch hier war die Akzeptanz bei Konfessionsfreien und Sonstigem mit 78 Prozent größer als bei Protestanten und Katholiken mit 73 bzw. 64 Prozent. (*Allensbach-Berichte* Nr. 14, August 2008; *Humanes Leben, Humanes Sterben*, Zeitschrift der DGHS, 4/2008)

I (3841) **Bischofsheim**. Der damalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein hat die Kirchen aufgerufen, in die missionarische Offensive zu gehen, um die junge Generation zu erreichen. Sie dürften sich nicht mit einer "Automatik der Kindertaufe" begnügen. Der kirchlich engagierte evangelische CSU-Politiker sprach am 2. August bei einem ökumenischen Empfang während des christlichen Sommertreffens "Missio-Camp", das in Bischofsheim (Rhön) stattfand. Viele Christen hätten "zu wenig Überzeugungskraft gegenüber jungen Menschen", sagte Beckstein, der der bayerischen Landessynode angehört. Wenn Christen ihren missionarischen Auftrag besser erfüllten, kämen mehr junge Menschen zum Glauben.

Gegenüber der evangelikalen Nachrichtenagentur *idea* würdigte der Ministerpräsident die Freiräume, die das Grundgesetz den Kirchen zur Mitgestaltung des öffentlichen Lebens eröffne. Als Beispiele nannte er den Religionsunterricht, das Schulgebet und die Segnung öffentlicher Gebäude. Andere in Deutschland vertretene Religionen und Weltanschauungen sollten tolerieren, dass die überwiegende Mehrzahl der Bürger Kirchen angehören und dass das gesellschaftliche Leben von christlichen Werten geprägt sei. Sowohl das Grundgesetz wie auch die bayerische Landesverfassung beriefen sich auf Gott. "Damit ist nicht Allah gemeint, sondern der christliche Gottesbegriff", betonte Beckstein.

Die Menschenrechte, die im Zentrum des Grundgesetzes stünden, gründeten auf der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, wie sie im biblischen Schöpfungsbericht beschrieben sei. Wenn allerdings Politiker nicht wachsam seien, griffen säkulare Tendenzen von der EU auf Deutschland über, und im Zuge der Globalisierung würde das christliche Werteprofil relativiert. Die Kirchen müssten daher im öffentlichen

Raum "massiv und deutlich auf Werte und ein christliches Bekenntnis" dringen. Der Ansbacher evangelische Regionalbischof Völkel und der katholische Domkapitular Heinz Geist sagten auf dem Empfang, Staat und Kirche seien in Deutschland zwar voneinander unabhängig, wirkten aber zusammen zum Wohl der (christlichen) Menschen. (*idea*, 4.8.08)

Anm. MIZ-Red.: Wer dem vermeintlich harmlos-gutmütigen Beckstein eine Träne nachgeweint haben sollte, wird hier eines anderen belehrt. Hinter der Maske des Biedermanns steckt ein intoleranter religiöser Fanatiker, wie er in der als relativ „liberal“ geltenden evangelischen Kirche Bayerns selten ist. Zur Erinnerung: In Deutschland gehören Ende 2008 gerade noch 60,3 Prozent einer der großen christlichen Kirchen an, und etwa 2030 werden es weniger als 50 Prozent sein. Darf dann die säkulare Mehrheit so arrogant und intolerant auftreten, wie es Beckstein jetzt tut? Und vielleicht sollte man ihm mitteilen, dass es in Bayern schon jetzt ebenso viele Konfessionsfreie wie Protestanten gibt. Und auch die CSU brachte es in der Landtagswahl 2008 nur mehr auf einen Anteil von 25,2 Prozent der *Wahlberechtigten* (nicht: Wähler). Vielleicht war da ja die Überzeugungskraft *noch* geringer als bei den Kirchen.

I (3842) **München**. Das internationale katholische Missionswerk *missio* will den Start der neuen gymnasialen Oberstufe in Bayern dazu nutzen, dem eigenen Namen alle Ehre zu machen: Es bietet sich als externer Projektpartner an, um die „ethische Kompetenz der bayerischen Schüler“ zu stärken. Das Kultusministerium empfiehlt angeblich den Schulen die Zusammenarbeit, doch gibt es hierfür bislang keine offizielle Bestätigung. Ziel der Oberstufenreform ist unter anderem, mehr Praxisbezug zu vermitteln. Dafür werden auch Partner aus der Industrie sowie aus dem sozialen und dem kirchlichen Bereich gesucht. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 10.7.08)

I (3843) **Gütersloh**. Das Unternehmen *Bertelsmann* und dessen Konzerntochter *Random House* haben es abgelehnt, einen Roman über eine der Frauen des islamischen Propheten Mohammed zu veröffentlichen. Dahinter steht die Sorge, islamische Leser könnten sich in ihren religiösen Gefühlen verletzt sehen und die Autorin Sherry Jones bedrohen. Das Buch "Jewel of Medina" über die sechsjährige Aischa nicht zu drucken, sei allerdings kein Akt der Zensur, so der Verlag; es stehe ja jedem anderen Verlag frei, das Manuskript zu veröffentlichen. Ausschlaggebend für den negativen Bescheid war das Gutachten einer Islam-Expertin aus Texas. Diese hatte geurteilt, der Roman sei "historisch falsch und dumm"; er ziehe eine "heilige Geschichte" auf das Niveau eines Soft-Porno herab. Eine andere Expertenmeinung wurde nicht eingeholt.

Salman Rushdie und zahlreiche amerikanische Autoren verurteilten das Verhalten der Verlagsgruppe. Nicht um die Qualität oder den Inhalt des Buches gehe es, sondern um die im eigenen Kulturkreis geltende Meinungsfreiheit; mit vorausseilender Selbstzensur tue man auch dem Islam keinen Gefallen. (*Frankfurter Allgemeine*, 12.8.08; *Süddeutsche Zeitung*, 26.8.08)

I (3844) **München**. Das Fach Religionslehre steht – entgegen allen Beteuerungen in kirchlichen Verlautbarungen – bei Schülern an allerletzter Stelle. Bei einer repräsentativen Befragung an Schulen aller Ausbildungsrichtungen stellte das

Marktforschungsinstitut *iconkids & youth* fest, dass lediglich 0,6 Prozent der Schüler Religion bzw. Ethik als ihr Lieblingsfach nannten, wobei aber Ethik noch deutlich besser abschnitt. Für vier von zehn Jungs sei Sport das beliebteste Fach, bei den Mädchen führen Kunst und Deutsch die Hitliste der Schulfächer an. (BR-Kirchenfunk, 12.9.08; *medi & zini*, 15.9.08)

I (3845) **Hannover**. Der Radiosender NDR 1 berichtete unter Berufung auf eine Studie des Diakonischen Werks der evangelischen Landeskirche, dass es in den 50er- und 60er-Jahren in den evangelischen Kinderheimen Niedersachsens häufig zu Misshandlungen gekommen ist. Es habe sich dabei nicht um Einzelfälle gehandelt, sondern um eine weit verbreitete Praxis. Der Verfasser der Dokumentation, Hans Bauer, wird mit den Worten zitiert, dass die Misshandlung und Demütigung der Heimkinder "eher die Regel" gewesen sei.

Statt die Vorfälle zu missbilligen oder sich gar zu entschuldigen, beschränkte sich die evangelisch-lutherische Landeskirche in Hannover auf eine Kritik der Medienberichte, ohne sie jedoch inhaltlich abzustreiten. Der Pressesprecher der Landeskirche, Johannes Neukirch, meinte der KNA gegenüber lapidar, die Studie sei "noch nicht abgeschlossen" und auch "noch nicht wissenschaftlich bewertet worden". Die Schlussfolgerungen, über die der NDR berichte, bezeichnete er als "voreilig". Warum menschliches Unrecht an Kindern allerdings erst kirchenintern „wissenschaftlich bewertet“ werden muss, ehe über unstrittige Tatsachen öffentlich berichtet werden darf, konnte die Landeskirche indes nicht vermitteln. (*NDR 1 Radio*, 15.9.08; *KNA*, 16.9.08)

I (3846) **Bad Reichenhall**. Der Stadtrat des oberbayerischen Kurorts entschied sich mit nur einer Gegenstimme gegen die Aufstellung einer 50 Meter großen Christus-Statue auf dem "Predigtstuhl". Der Dresdner Unternehmer Harry Vossberg wollte auf dem 1.614 Meter hohen Hausberg Bad Reichenhalls die monumentale, begehbare Jesus-Figur errichten und die Christus-Statue von Rio de Janeiro übertrumpfen. Zunächst hatte sich vor allem der Bund Naturschutz gegen das Projekt gewandt, weil es nicht ins bayerische Landschaftsbild passe und das zwei Millionen Euro teure Projekt vor allem kommerzielle Ziele verfolge. Nach eindeutigen Reaktionen der empörten Bevölkerung schlossen sich auch die beiden großen Kirchen dem Protest an, brachten aber sofort die Errichtung einer kleinen Kapelle ins Gespräch. (*Süddeutsche Zeitung*, 20.9.08)

I (3847) **Berlin**. In dem flächenmäßig kleinsten ostdeutschen Bundesland verschärft sich der Streit zwischen der Initiative "Pro Ethik" (die für ein gemeinsames Pflichtfach Ethik und einen konfessionellen Religionsunterricht als zusätzliches, freiwilliges Angebot eintritt) und dem kirchlichen Verein "Pro Reli" (der die Schüler zur Wahl zwischen dem Ethik- und dem Religionsunterricht als Pflichtfach zwingen will).

Bischof Huber kritisierte die Schulpolitik des Berliner Senats und warf ihm vor, den Religionsunterricht in der Stadt "planmäßig und voraussehbar" an den Rand gedrängt zu haben. Religion sei ein wichtiges Bildungsthema, behauptet er, deshalb müsse es an der Schule seinen Ort haben.

Das Volksbegehren zur Einführung eines Wahlpflichtfachs Ethik/Religion an Berliner Schulen ist nun in die entscheidende Phase gestartet. Die Initiatoren müssen bis

zum 21. Januar mindestens 170.000 Unterschriften sammeln, um in einer nächsten Stufe einen Volksentscheid herbeiführen zu können, bei dem dann mindestens 610.000 Stimmen zusammenkommen müssten, was auch Befürworter für unrealistisch halten. Inzwischen erweist sich allerdings die eifernde Haltung der evangelischen Kirche mehr und mehr als Bumerang. Als bisher prominenteste Person hat die Historikerin und Pädagogin Annegret Ehmann wegen der Initiative Pro Reli und deren Unterstützung durch die Evangelische Kirche ihren Kirchenaustritt erklärt. Die gelernte Gymnasiallehrerin leitete mehrere Jahre die Bildungsabteilung des Hauses der Wannseekonferenz und die RAA Brandenburg und war Vorstandsmitglied der evangelischen Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. - Derzeit ist sie als Redakteurin der Website [www.lernen-aus-der-geschichte.de](http://www.lernen-aus-der-geschichte.de) des Vereins "Gegen Vergessen - für Demokratie e.V." tätig.

Aber auch innerhalb der christlichen Kirchen mehren sich die Stimmen gegen das Volksbegehren "Pro Reli". In einem Schreiben an Gemeindeglieder, Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter heißt es: "Bei einer Wahl zwischen Religion und Ethik werden junge Menschen aus unterschiedlichen religiösen und kulturellen Traditionen bei zentralen Lebensthemen in homogene Gruppen aufgeteilt". Damit gebe es keine Möglichkeit, das Gespräch miteinander einzuüben. Der katholische Theologe Josef Göbel spricht von einer drohenden Gefahr der Separierung der Kinder und Jugendlichen in staatlichen Schulen. Er monierte auch, dass junge kritische Pfarrer beruflich "vergattert" würden, sich nicht negativ zu "Pro Reli" zu äußern. Unterstützt wird sein Aufruf unter anderem von der evangelischen Theologin Ruth Priebe und von Hans Simon, bis 1997 Pfarrer an der Zionskirche. Henning von Wedel, Pfarrer im Ruhestand, wirbt in einem eigenen Aufruf für den vor zwei Jahren eingeführten Ethikunterricht. (*Tagesspiegel*, 24.9.08; Pressemitteilung der Initiative Pro Ethik, 27.9.08; *Berliner Zeitung*, 2.10.08)

I (3848) **Oldenburg/Nürnberg**. Zwei Finanzskandale erschüttern derzeit die evangelische Kirche.

Vom Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers ist u.a. die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg betroffen. Sie hatte über eine ihrer Hausbanken bei der insolventen US-Investmentbank Lehman Brothers rund 4,3 Millionen Euro in vermeintlich besonders lukrativen Papieren angelegt. Das bestätigte der für die Finanzen zuständige Oberkirchenrat. Ob die gesamte Summe verloren ist, könne derzeit noch nicht gesagt werden. Die Lehman-Bank stehe derzeit unter Gläubigerschutz. Es gebe Hoffnung, dass zumindest ein Teil des Geldes zu retten sei. Mit der Bewertung der Ausfallrisiken sowie der Klärung der Haftungsfragen sei eine Wirtschaftsprüfer- und Rechtsanwaltssozietät „mit kirchlichem Hintergrund“ beauftragt worden. Der laufende Haushalt der Landeskirche hat ein Volumen von rund 73,7 Millionen Euro. Die Rücklagen betragen im vergangenen Herbst noch 111,4 Millionen Euro.

Größer ist allerdings der Imageschaden: Durch die Affäre erfuhren zahlreiche empörte Kirchenmitglieder überhaupt erst, dass ihre Kirche so viel Geld auf der hohen Kante hat und keineswegs so arm ist, wie sie immer vorgejammert hatte. Mehrere Personen kündigten in Oldenburg vor laufender Kamera ihren Kirchenaustritt an. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.9.08; *BR-Kirchenfunk*, 26.9.08; *Panorama*, 2.10.08)

Die evangelisch-reformierte Kirche in Bayern musste einräumen, dass ihr früherer Finanzchef vermutlich das gesamte Barvermögen veruntreut hatte, das nach damaligem Stand knapp 11 Millionen Euro betrug – für eine in Bayern nur 10.000 Mitglieder große Kirche auch eine ganz erkleckliche Summe, zumal das Anlagevermögen vermutlich noch deutlich höher ist. (Insgesamt gehören der reformierten Kirche, die Mitglied der EKD ist, etwa 250.000 Personen an, davon die meisten in Niedersachsen.) Der Vorstand und der Stellvertreter des bayerischen Zweigs der Kirche traten von ihren Ämtern zurück, weil ihnen mangelnde Finanzaufsicht vorgeworfen wurde. (*Süddeutsche Zeitung*, 19.7. u. 4.8.08)

I (3849) **Berlin**. Die Bundesregierung soll die von der Evangelischen Kirche in Deutschland initiierte Reformationsdekade unterstützen. Einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU und SPD überwies der Deutsche Bundestag Ende September einvernehmlich an den Ausschuss für Tourismus. Im Rahmen der am vergangenen Sonntag eröffneten Dekade sind bis zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017 zahlreiche evangelische Veranstaltungen geplant. 1517 hatte Martin Luther (1483-1546) der Überlieferung nach seine Thesen an der Wittenberger Schlosskirche angebracht. Was dies allerdings mit dem zur weltanschaulichen Neutralität verpflichteten Staat zu tun haben soll, wurde nicht klar. (*KNA*, 26.9.08)

### *Griechenland*

I (3850) **Athen**. In Griechenland, einem weitgehend staatskirchlich strukturierten Land mit offiziell 97 Prozent orthodoxem Bevölkerungsanteil, wurde möglich, was in Deutschland undenkbar scheint: Der Religionsunterricht wurde als Pflichtfach abgeschafft, und zwar von einer konservativen (!) Regierung. Künftig soll jeder Schüler, der daran nicht teilnehmen möchte, während dieser Stunden Nachhilfeunterricht in anderen Fächern erhalten, berichtete der staatliche Rundfunk. Die orthodoxe Kirche protestierte gegen diese Neuregelung und bezeichnete sie als verfassungswidrig, weil dort immer noch die griechisch-orthodoxe Glaubensrichtung als „herrschende Religion“ bezeichnet wird. Sie ließ jedoch nicht erkennen, ob sie Verfassungsbeschwerde erhebt. (*dpa*, 4.9.08; *Augsburger Kirchenzeitung*, 7.9.08)

Anm. *MIZ*-Red.: Im praktischen Leben nimmt die Kirche in Griechenland eine ähnliche Funktion wie in Skandinavien ein: Sie bietet den Rahmen für wichtige Stationen des Lebens (Geburt, Heirat, Tod), bleibt aber ansonsten Privatsache des Einzelnen. Eine Kirchensteuer erheben die orthodoxen Kirchen nicht – übrigens auch nicht in Deutschland, sodass hierzulande die geschätzte Mitgliederzahl von 1,3 Millionen eine Phantomgröße ist: Darin sind nämlich alle Getauften (unabhängig von ihrer Überzeugung) enthalten, und ein Kirchenaustritt ist für sie nicht möglich, weil es ja auch keine Kirchensteuer gibt. (Dieser Zusammenhang bestätigt übrigens auch, dass der „Kirchenaustritt“ in Wirklichkeit ein Austritt aus der Kirchensteuerpflicht ist.) Nach orthodoxen Angaben nehmen deutlich weniger als ein Zehntel dieser Getauften tatsächlich am kirchlichen Leben teil.

### *Großbritannien*

I (3851) **London**. Bemerkenswerte Größe zeigte die anglikanische Kirche von England: Nach fast 150 Jahren entschuldigte sie sich für ihre zeitweise recht starre Ablehnung der Evolutionstheorie von Charles Darwin. Wie die britische

Sonntagszeitung "The Sunday Telegraph" berichtet, gibt die Kirche zu, mit ihrem "anti-evolutionären Eifer" einen Fehler gemacht zu haben, der noch heute zu Missverständnissen führe. Die offizielle Anerkennung der Evolutionstheorie verärgert jedoch die Minderheit der Kreationisten innerhalb der anglikanischen Kirche. Diese lehnen die Lehre von der gemeinsamen Abstammung und der Entwicklung der Arten weiterhin ab, weil sie mit der Schöpfungsgeschichte der Bibel unvereinbar sei. Sie betrachten den Schritt auch international als Rückschlag im Bemühen, die Schöpfungslehre in möglichst vielen Ländern in den Biologieunterricht einzuschleusen. (*The Sunday Telegraph*, 14.9.08)

### *Italien*

I (3852) **Mailand**. Italienische Tierschützer rügen den Papst. Benedikt XVI. solle keine mit Hermelinpelz bestückten Hüte und Roben mehr tragen, fordert die "Organisation für die Verteidigung der Tiere" in einem offenen Brief an den Vatikan. Die Tierschützer haben zudem eine Unterschriftenaktion im Internet gestartet und dort binnen zwei Wochen 2000 Stimmen gesammelt. Der Aufruf hat eine Kontroverse unter italienischen Modeschöpfern ausgelöst. Während für einige von ihnen der Hermelinpelz ein traditionelles, jahrhundertealtes päpstliches Symbol ist, sehen andere nicht, warum das Tierfell nicht durch Kunstpelz ersetzt werden kann. Der Vatikan, der sonst zu fast allen Themen Stellung bezieht, hat sich zu diesem Thema bisher nicht geäußert. (*reuters*, 14.8.08)

I (3853) **Rom**. Die bekannte italienische Kabarettistin und Komikerin Sabina Guzzanti hat bei einer Demonstration im Juli 2008 auf der Piazza Navona (wo einst Giordano Bruno öffentlich verbrannt wurde) unter lautem Beifall des Publikums den Papst ins Inferno gewünscht: „In 20 Jahren wird er tot sein und dort, wo er hingehört: in der Hölle, gepeinigt von unzähligen kleinen Teufeln.“ Daraufhin wurde sie von Katholiken verklagt, denn seit den Lateranverträgen von 1929 wird das Delikt der Schmähung des Papstes mit Haft zwischen einem und fünf Jahren bestraft. Inzwischen wurde der beliebten Imitatorin und Provokateurin zwar durch den Justizminister persönlich eine Strafverfolgung erspart, aber vom staatlichen Fernsehen RAI und von Berlusconi's Privatkanälen wurde sie ausgeschlossen. (*Frankfurter Allgemeine*, 22.9.08)

I (3854) **Rom**. Die Katholische Kirche ist weiterhin gegen Patientenverfügungen, mit denen ein willensfähiger Mensch im Voraus regeln kann, ob bzw. wie weit er im Zustand der Bewusstlosigkeit noch behandelt werden will. Die ablehnende Haltung unterstrich der Vorsitzende der italienischen Bischofskonferenz, Kardinal Angelo Bagnasco, und dementierte ausdrücklich Berichte, die Kirche habe ihre Meinung geändert. Man sei weiterhin gegen solche Erklärungen (in Italien "biologisches Testament" genannt), befürworte aber notwendige gesetzliche Regelungen, beispielsweise was den Abbruch „übertriebener“ Therapieanstrengungen angeht. Was dann „übertrieben ist, sollen allerdings die Ärzte im Einklang mit der Kirche festlegen. (*adnkronos*, 23.9.08)

### *Österreich*

I (3855) **Wien**. Wenige Tage vor den Parlamentswahlen am 28. September hat Wilhelm Molterer, Chef der konservativen Partei ÖVP, bekräftigt, dass die katholische Kirche für ihn "wertvolle Orientierung und Richtschnur" sei. Dennoch plane er keinen Rückzieher bei der geplanten Einführung der so genannten "Homo-Ehe" nach der Wahl. Der Vorarlberger Bischof Elmar Fischer wandte sich indessen am Freitag vor der Wahl an alle Katholiken mit der Aufforderung, genau zu bedenken, wer die christlichen Werte vertrete, darunter besonders die "zentralen Werte" wie die Ehe zwischen Mann und Frau. Zu den wesentlichen Themen gehören für die Kirche auch der Schutz des Lebens von der Empfängnis bis zum Tod. Viele Wähler werteten dies nicht nur als Absage an SPÖ und Grüne, sondern auch als Kritik an der Inkonsequenz der ÖVP. Nutznießer waren danach die beiden rechtspopulistischen Parteien mit fast 30 % Wähleranteil. (*kath.net*, 26.9.08; *Süddeutsche Zeitung*, 29.9.08)

### *Polen*

I (3856) **Warschau**. Der Unfalltod des liberalen Ex-Außenministers und Solidarnosc-Vordenkers Bronislaw Geremek löste bei dem konservativen Sender *Radio Maryja* unverhohlene Freude aus. Sogar bei der Totenmesse in der Warschauer Johannes-Kathedrale zeigten Anhänger der streng katholischen Sendestation, die sich einiger Sympathien seitens des Papstes rühmt, aber auch als nationalistisch und antisemitisch eingestuft wird, ein Transparent mit der Aufschrift: „Herr, wir danken dir, dass du ihn endlich von uns genommen hast.“ Geremek wurde zum einen seine jüdische Abstammung, zum anderen sein Eintreten für die Verfassung und den Grundrechtekatalog der EU angelastet. (*Focus*, 28.7.08)

### *Russland*

I (3857) **St. Petersburg**. Der sowjetische Diktator Josef Dschugaschwili, genannt Stalin, soll heiliggesprochen werden. Diese Forderung wurde nicht etwa von orthodoxen Klerikern, sondern vom Bezirksverband der russischen Partei in St. Petersburg erhoben. Als Begründung wird u.a. angeführt, dass die russisch-orthodoxe Kirche das Wirken Stalins bei dessen 70. Geburtstag 1949 äußerst positiv gewürdigt habe. Das Moskauer Patriarchat lehnte diese Forderung jedoch ab, zumal Stalin Katholik war und ursprünglich dort hätte Priester werden wollen, ehe er zu einem anderen alleinseligmachenden Bekenntnis überwechselte. Säkulare Beobachter werten diese Forderung als Beleg, wie tief die russische KP inzwischen gesunken ist, dass sie nun schon nach der besonderen Anerkennung durch eine ihnen fremde Religionsgemeinschaft lechzen. (*dpa*, 22.7.08)

### *Spanien*

I (3858) **Madrid**. Die regierenden spanischen Sozialisten wollen die Säkularisierung Spaniens nach ihrem Wahlerfolg weiter vorantreiben. Auf ihrem Parteitag in Madrid sprachen sich die Delegierten der sozialistischen Partei dafür aus, religiöse Symbole von öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Der Vorschlag geht auf ein Parteipapier zurück, in dem ein Ende der übermäßigen Betonung der katholischen Tradition des spanischen Staates gefordert wird. Einem Bericht der Zeitung "El País" zufolge sollen



Kreuze von öffentlichen Gebäuden entfernt und nicht mehr bei der Vereidigung von Ministern im Königspalast gezeigt werden. Die stellvertretende Regierungschefin Fernández de la Vega kündigte auf dem Parteitag zudem eine Reform der Abtreibungsbestimmungen an, die sich an den Erfahrungen mit den modernsten Gesetzen in Europa orientieren werde. In Spanien sind Abtreibungen offiziell nur nach Vergewaltigungen, bei einer Behinderung des Kindes sowie bei einer Gefahr für die "körperliche oder psychologische Gesundheit" der Mutter erlaubt. (*El país*, 4.7.08; *reuters/ap*, 6.7.08)

I (3859) **Madrid**. Der Erzbischof von Madrid, Kardinal Varala, hat die katholischen Schulen seines Bistums angewiesen, Eltern zu unterstützen, die ihre Kinder vom neu eingeführten Fach Staatsbürgerkunde abmelden wollen. Gemeinsam mit zwei weiteren Bischöfen betonte der Kardinal nach Angaben der liberal orientierten Zeitung "La Razon" (=die Vernunft), das von der sozialistischen Regierung eingeführte Schulfach beinhalte "Elemente, die im Gegensatz zur katholischen Lehre stehen". (*La Razon*, 18.9.08)

Anm. MIZ-Red.: Wo der Kardinal Recht hat, hat er Recht. Das neue Fach lehrt u.a. Weltoffenheit, Toleranz und die Fähigkeit zur individuellen Selbstbestimmung und plädiert klar für demokratische Grundsätze. Solche Elemente sind für die Kirche in der Tat untragbar.

I (3860) **Madrid**. Der erst 2006 gegründete Verband katholischer Basisgruppen *Redes Cristianas* (=Christliches Netzwerk) ruft zu einem „Pakt für mehr Laizismus“ auf. In einem gemeinsamen Manifest sprachen sich die 150 katholischen Basisgruppen für eine „totale Trennung von Staat und Kirche“ aus und stellten sich damit gegen die rein machtorientierte Politik ihrer eigenen Bischöfe. Der Verband fordert von der Regierung ein Ende der „versteckten Bevorzugung“ der katholischen Kirche gegenüber den anderen Konfessionen, insbesondere im finanziellen Bereich. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 21.9.08)

Anm. MIZ-Red.: Einem konfessionsfreien Menschen erschließt sich nicht auf den ersten Blick, was Christen zu Forderungen veranlassen mag, die haargenau denen eines atheistischen Verbandes entsprechen könnten. Aber auch in anderen Staaten wurde immer wieder einzelnen basischristlichen Gruppen bewusst, dass das Streben nach politischer Macht und finanziellen Vorteilen die Kirchen keineswegs glaubwürdiger macht, sondern allzu schnell zur Bereitschaft (ver)führt, die Ideale der eigenen Religion aufzugeben oder zumindest nachrangig zu behandeln.

## *Tschechien*

I (3861) **Prag**. Mehr als zwei Drittel der Tschechen lehnen die geplante Rückgabe von verstaatlichtem Kirchengut ab. Das geht aus einer repräsentativen Befragung des Prager Meinungsforschungsinstituts "STEM" hervor. Demnach halten lediglich 36 Prozent die Rückgabe des unter den Kommunisten vereinnahmten Besitzes für erforderlich, damit die Kirchen ihrer Tätigkeit unabhängig vom Staat nachgehen könnten. Ein noch geringerer Anteil der Befragten hält die Kirchen

überhaupt für "sinnvolle Einrichtungen". Nach Einschätzung von STEM ist damit die Skepsis der Tschechen gegenüber den christlichen Kirchen weiter gewachsen.

Eine gemeinsame Staat-Kirche-Kommission hatte zu Jahresbeginn einen Kompromiss zur Rückgabe des Kircheneigentums ausgehandelt. Demnach sollen die Kirchen etwa ein Drittel ihres einstigen Eigentums direkt zurückbekommen. Für den Rest ist eine finanzielle Entschädigung vorgesehen, die über einen Zeitraum von 60 Jahren ausgezahlt werden soll. Durch die auflaufenden Zinsen handelt es sich um einen Betrag von umgerechnet rund zehn Milliarden Euro. Wie allerdings die Kirchen einst zu diesem Reichtum gekommen waren, interessierte die Kommission nicht. (KNA, 14.8.08)

## **Nordamerika**

### *Vereinigte Staaten*

I (3862) **Washington**. Die katholischen Bischöfe der USA wollen sich in einer bisher nicht gekannten Deutlichkeit in den Wahlkampf einmischen. Sie rufen zu einer Gebetsoffensive unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen vom November auf. Dabei soll der Schutz des Lebens im Mittelpunkt stehen. Die Bischöfe hoffen, dass katholische Wähler ihre Stimme "in einem Klima des Gebets und Nachdenkens" abgeben werden. Moralische Wahlprüfsteine haben derweil die Bischöfe von Kansas veröffentlicht. Ihrer Ansicht nach sollten Katholiken die Kandidaten an fünf nicht verhandelbaren Punkten messen: Abtreibung, Euthanasie, Stammzellforschung, Klonen und "Homo-Ehe". - Katholische Wähler könnten auch diesmal bei den US-Präsidentschaftswahlen entscheidend sein. Sie sollen nun offen für die Republikaner mobilisiert werden, die genau in diesen fünf Bereichen den Katholiken nahe stehen. (fides, 11.9.08)

## **Lateinamerika**

### *Kolumbien*

I (3863) **Bogotá**. Der Erzbischof der Hauptstadt, Kardinal Rubiano Sáenz, hat das geplante Euthanasie-Gesetz des kolumbianischen Parlaments kritisiert. Der Primas von Kolumbien sagte, dass die Gesetzesvorlage nicht nur unchristlich sei, sondern auch gegen den in der Verfassung des Landes festgeschriebenen Lebensschutz verstoße. Das kolumbianische Verfassungsgericht ließ bereits im Mai 1997 die aktive Sterbehilfe zu. Sterbenskranke müssen sie jedoch ausdrücklich beantragen. Bisher gab es aber keine entsprechende Gesetzesgrundlage. (Radio Vatikan, 20.9.08)

### *Venezuela*

I (3864) **Caracas**. Die Nuntiatur des Vatikan hat einem militanten Gegner von Präsident Hugo Chavez diplomatisches Asyl gewährt. Dagegen protestierte nun das Parlament in Caracas per Dekret, weil sich der heilige Stuhl damit in interne Angelegenheiten eingemischt hat. Nach Mediendarstellungen hält sich ein Führer von Studentenprotesten und gewalttätigen Aktionen gegen Chavez seit über einem Jahr in der Päpstlichen Nuntiatur in Caracas auf. Die Abgeordneten haben den

Vatikan dazu aufgefordert, den Mann auszuliefern. Außerdem fordern sie die Regierung dazu auf, das Konkordat mit dem Vatikan von 1964 zu revidieren. (*ansa*, italienische Nachrichtenagentur, 19.9.08)

## **Afrika**

### *Ägypten*

I (3865) **Kairo**. Die Behauptung islamischer Gelehrter, das Kopftuch schütze vor sexueller Belästigung, wurde jetzt durch eine Studie widerlegt, für die das *Ägyptische Zentrum für Frauenrechte* (ECWR) mehr als 2000 Männer und Frauen befragte. Demnach werden 46 Prozent der Ägypterinnen täglich durch unsittliche Berührungen, Zurufe oder exhibitionistisches Verhalten belästigt, oft sogar in aller Öffentlichkeit. 62 Prozent der Männer gaben zu, Frauen in dieser Weise nachzustellen – auch solchen, die sich islamisch „korrekt“ kleiden. (*Focus*, 28.7.08)

## **Asien**

### *Iran*

I (3866) **Teheran**. Das iranische Parlament hat am 9. September mit großer Mehrheit ein Gesetz beschlossen, die die Abkehr vom Islam mit dem Tode bedroht. Europäische Kritiker kritisierten diese "fundamentale Verletzung der Menschenrechte", die "allen Grundsätzen eines respektvollen Verhältnisses der Religionen Hohn" spreche. Das Recht, sich zu gar keiner Religion bekennen zu müssen, wurde indes von kirchlicher Seite nicht eingefordert. Dieses sogenannte Apostasiegesetz muss noch vom streng religiösen Wächterrat bestätigt werden, der fast ausschließlich mit Geistlichen besetzt ist. (*dpa*, 26.9.08)

## **Ozeanien**

### *Australien*

I (3867) **Sydney**. Auf Jubel und Hohn traf der Papst nach seinem Eintreffen zum katholischen Weltjugendtag. Schon 2005 hatte er während einer Rede vor italienischen Priestern gesagt, die großen Volkskirchen drohten auszusterben. Dies sei ganz besonders in Australien der Fall, aber auch in Europa sei der Trend festzustellen.

Daher hielt sich die Begeisterung vor Ort in Grenzen - und nicht nur bei den Bewohnern Sydneys, denen die Organisatoren geraten hatten, wegen des zu erwartenden Verkehrschaos nicht vor die Tür zu gehen. Außerdem gab es täglich neue Negativschlagzeilen und empörte Leserbriefe in den Medien. "Verschwendung von Steuergeldern" lautete der häufigste Vorwurf.

Tatsächlich fiel die Unterstützung der Regierung großzügig aus. Während beim vergangenen Weltjugendtag in Köln rund 20 Prozent der Gesamtkosten aus öffentlichen Mitteln getragen wurden, kam auf die australischen Steuerzahler deutlich mehr zu: Allein der Beitrag des Staates New South Wales belief sich auf das

Vierfache (deutlich mehr als 100 Millionen australische Dollar), und die australische Regierung steuerte weitere 55 Millionen Dollar bei. Die indirekten Subventionen der Kommunen wurden gar nicht genannt, liegen aber ebenfalls im zweistelligen Millionenbereich. Die Kirche steuerte insgesamt hingegen nur 92 Millionen bei (vgl. *Die Welt*, 15.7.08), trug also für ihre eigene Veranstaltung nur etwa ein Drittel der Kosten.

Daneben galten schon seit dem 1. Juli – also drei Wochen vor Beginn des Spektakels – verschärfte Sicherheitsbestimmungen, die Polizisten das Recht gaben, Passanten zu durchsuchen und festzunehmen, sobald sich Pilger gestört fühlten. Anfänglich waren sogar das Tragen von provokanten T-Shirts und das Verteilen von Kondomen untersagt. Bürgerrechtsorganisationen erreichten jedoch vor Gericht die Rücknahme. Danach ruderte die Landesregierung zurück und erlaubte die geplanten Protestaktionen von Lesben- und Schwulenorganisationen, Atheisten sowie den Opfern von priesterlichem sexuellem Missbrauch ohne Einschränkung.

Nicht nur deshalb präsentierte sich Australien als Hochburg der säkularen Kräfte. Laut der Bevölkerungsstatistik von 2006 nahm der Anteil der Nichtgläubigen im Land stark zu: Er liegt nun bei 19 Prozent, ebenso hoch wie der Anteil der anglikanischen Kirche. Katholiken stellen mit 26 Prozent die größte Gruppe. Christen machen nominell nur noch einen Anteil von rund 60 Prozent aus. Nach den Forschungsergebnissen zur religiösen Einstellung von Australiens Jugend, z.B. der Studie "The Spirit of Generation Y" (2003-2006) glauben nur noch knapp die Hälfte der Jahrgänge 1981 bis 1995 an irgend eine Form von Gott. Der Anteil der rein säkularen Jugend in Australien beträgt 28 Prozent. Nur noch knapp jeder Zehnte ist davon überzeugt, dass es eine einzige, wahre Religion gibt. (*Evangelischer Pressedienst*, 20.7.08)

Schon im Vorfeld hatte sich der Papst unbeliebt gemacht, denn nach seiner Ankunft hatte er sich zunächst für drei Tage in ein Opus-Dei-Studienzentrum zurückgezogen und seiner Wertschätzung für den fundamentalistischen Geheimbund durch einen Grundstein für einen Erweiterungsbau des Opus-Dei-Zentrums Ausdruck verliehen.

Dann wies der Vatikan Erwartungen zurück, der Papst werde in Australien eine förmliche Entschuldigung für sexuellen Missbrauch durch katholische Priester aussprechen. In einer Pressekonferenz redete Ratzinger um den heißen Brei herum: "Wir werden alles Mögliche tun, um klarzustellen, was die Lehre der Kirche ist, und bei der Ausbildung und in der Vorbereitung der Priester helfen, in der beständigen Bildung, und wir werden alles Mögliche tun, um die Opfer zu heilen und zu versöhnen. Ich denke, das ist der wesentliche Inhalt dessen, was das Wort 'entschuldigen' bedeutet." Besser und wichtiger sei freilich der Inhalt einer solchen kirchlichen Äußerung. Er müsse besagen, "was in unserem Verhalten ungenügend war, was wir heute tun müssen, wie wir vorbeugen können und wie wir alle zur Heilung und Versöhnung beitragen können". (*KNA*, 16.7.08)

Entsprechend enttäuscht reagierten danach auch die Vertreter der Opferverbände. „Opfer wollen Taten, nicht Worte“, erklärte die Sprecherin der Gruppe *Broken Rites* und warf der australischen Kirche vor, eine wirkliche Wiedergutmachung sowie eine finanzielle Entschädigung zu verhindern. (*Süddeutsche Zeitung*, 21.7.08)

Besondere Brisanz erhielt das Thema durch Äußerungen des Weltjugendtagskoordinators Anthony Fisher. Er hatte den Opfern vorgeworfen, durch "Festhalten an alten Wunden" die gute Stimmung des Weltjugendtags zu stören. Die

Kontroverse lenke von den Feierlichkeiten ab. Damit reagierte er auf Vorwürfe eines Vaters, dessen beide Töchter als junge Mädchen in Melbourne von einem Priester vergewaltigt worden waren.

Im Politmagazin "Lateline" des australischen Fernsehsenders ABC hatte der Vater, Anthony Foster, Sydneys Kardinal George Pell vorgeworfen, er habe in seiner Amtszeit als Erzbischof von Melbourne die Wiedergutmachungsforderung der Familie behindert.

Die 26-jährige Emma Foster hatte sich Anfang 2008 nach 13 Jahren mit Magersucht und Drogenproblemen das Leben genommen, und ihre alkoholabhängige Schwester Katherine ist seit einem Autounfall schwerbehindert. Pell wies die Vorwürfe des Vaters zurück. Er habe sich während seiner Amtszeit als Erzbischof von Melbourne bei Emma für die schreckliche Tat entschuldigt, sagte er am Rande einer Veranstaltung australischen Medien. Keinen Kommentar gab der Kardinal zu den Äußerungen Fishers ab.

Pell war bereits in der Woche vor Beginn des Weltjugendtags wegen der Handhabung eines anderen Falls von sexuellem Missbrauch in die Kritik geraten. In einem Schreiben aus dem Jahr 2003 an ein Opfer hatte Pell dessen Vorwürfe gegen einen Priester als unbegründet zurückgewiesen. Der Priester habe sich nichts zuschulden kommen lassen. In einem Brief vom gleichen Tag an ein anderes Opfer des gleichen Priesters hatte der Kardinal die Vorwürfe dagegen als begründet anerkannt. Inzwischen räumte er eine "schlechte Formulierung" in dem ersten Schreiben ein und kündigte eine neue Untersuchung des Falls an. (ZDF, 16.7.08; Tagesspiegel/dpa, 16.7.08))